

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Man kann nicht sagen, daß sich die allgemeine weltpolitische Lage in den letzten vier Wochen wesentlich verändert hätte. Nach wie vor bildet den Hauptgegenstand des Interesses oder der Befürchtungen — je nach der Einstellung —

die Lage in Berlin.

Dabei läßt sich immerhin ganz allgemein bereits eine gewisse Lockerung feststellen und es besteht deshalb der Eindruck, daß sich die Wege zum Kompromiß tatsächlich allmählich zu öffnen beginnen. Wesentlich, und als Symptom nicht zu übersehen, ist dabei vor allem die Tatsache, daß das Kriegsgeschrei in den Vereinigten Staaten bereits erheblich abgeflaut ist, und zwar seit dem Tage, da unter seinem Eindruck das Börsenbarometer plötzlich empfindlich zu reagieren begann und damit den Kreisen der Wirtschaft — die schließlich, und mit Recht, in ihren Geschäften nicht gestört werden wollen — demonstriert wurde, was eigentlich auf dem Spiele steht. Und so mußte sich denn sogar Staatssekretär Marshall persönlich bemühen, um die aufgeregten Wogen zu glätten, und seit diesem Tage ist es auch wieder erheblich ruhiger geworden. Inzwischen hat sich beiläufig erwiesen, daß die forschen Amerikaner nicht allein auf der Welt sind, und daß weder die Engländer, noch vor allem die Länder des Kontinents, die natürlich wieder zuerst betroffen wären, sich gerne auf die schiefe Bahn des Abenteuers hindrängen lassen. Irgendwie hat man in diesem Zusammenhang auch das Gefühl, als sei die französische Regierungskrise diesmal gerade zur rechten Zeit gekommen, denn innenpolitisch war sie eigentlich allein kaum zu erklären, da eine andere parlamentarische Lösung dort ohnehin nicht möglich ist, so lange der recht unklare Gaullismus sich — glücklicherweise — selber ausschließt. So haben denn die europäischen Länder, trotzdem die Marshallhilfe bereits aus vollen Kelchen zu fließen beginnt, zu verstehen gegeben, wo die Grenzen sind, die nicht überschritten werden dürfen und wir sollten ihnen eigentlich dafür dankbar sein. Freilich sind durch alle diese Umstände die Westmächte gegenüber ihrem Gegner einigermaßen ins Hintertreffen geraten, — eine Feststellung, die im Interesse des gesamten Westens lieber nicht gemacht würde, die aber die reichlich unkoordinierte westliche Politik ohne Zweifel selbst verschuldet hat.

Aus allen diesen Zusammenhängen ist nun die erstaunliche Lage entstanden, daß die Position Rußlands sich in den letzten Wochen eher verstärkt hat, trotzdem

der Zwischenfall Kominform-Jugoslawien

eigentlich eine ganz andere Entwicklung hatte vermuten lassen. Man kann auch sagen, es sei direkt merkwürdig, wie schnell und verhältnismäßig schmerzlos der Block des Ostens diese immerhin im gesamten gesehen nicht ungefährliche Situation verdaut und damit gemeistert hat. Schließlich hatte doch wohl die handfeste Resolution der

Kominform etwas ganz anderes erwarten lassen. So drängt sich denn irgendwie die Vermutung auf, als handle es sich tatsächlich gar nicht um einen ernstlichen Konflikt, sondern um ein mehr oder weniger in gegenseitiger Vereinbarung festgelegtes Manöver, durch welches die Sowjetunion in die Lage versetzt werden soll, sich von den bekannt nationalistischen und expansionistischen Bestrebungen Jugoslawiens auf dem Felde der Außenpolitik rechtzeitig zurückzuziehen. Sicher hat nämlich die jugoslawische Hartnäckigkeit in den Fällen Triest und Kärnten den Russen manche diplomatische Position beeinträchtigt oder verdorben, und es ist sehr wohl möglich, daß Stalin es vorzog, sich für die kommenden Verhandlungen von diesem Ballast vorerst zu trennen. Freilich dürfte mit diesem Gesichtspunkt nur ein Teil des Konfliktes umschlossen sein; denn es steht zu vermuten, daß die anscheinend unentwegt geltend gemachten Ansprüche Jugoslawiens auf die Gesamtheit Mazedoniens eine ebenso bedeutsame Rolle gespielt haben. Wenigstens lassen die scharfen Reaktionen von Seiten des bulgarischen Führers Dimitroff darauf schließen, der übrigens auch angesichts des durch Tito mitverschuldeten Zusammenbruches des griechischen «Mar-kos»-Experimentes nicht zum besten gelaunt sein mag.

Die übrigen Geschehnisse auf dem Felde der Weltpolitik sind angesichts der für die kommende Entwicklung entscheidenden Bedeutung des zentralen Problems um Berlin im Augenblick durchaus in die zweite Linie zu verweisen. Trotz seines an sich nicht unbeträchtlichen Gewichtes gehört dazu auch das Palästina-problem. Hier läßt sich immerhin als erfreuliches Faktum feststellen, daß

die Vereinigten Nationen nicht versagt

haben, wie man dies nach den bisherigen Erfahrungen auf anderen Gebieten befürchten mußte. Im Gegenteil ergab sich in diesem Falle im Rahmen des Sicherheitsrates eine nicht wenig entschlossene Politik, welche freilich, so scheint es, im wesentlichen auf Kosten der Araber und damit auf Kosten der englischen Position durchgeführt wurde. In diesem Falle haben sich anscheinend Rußland und die Vereinigten Staaten zusammengetan, um

die Schwäche Großbritanniens

darzulegen, und man kann nicht sagen, daß ihnen dies nicht bestens gelungen wäre. So ist denn, was jetzt in Palästina geschieht, gar nicht im britischen Interesse, wie denn ganz allgemein nunmehr im britischen Weltreich jene Strukturveränderungen zu Tage treten, mit denen zu rechnen war, die aber vom europäischen Gesichtspunkt alles andere als erfreulich sind. Zur Zeit sind hier vor allem zwei Elemente hervorzuheben: Canada steht im Begriff, die Selbständigkeit, die es im Rahmen des britischen Weltreiches gewonnen hatte, gegen eine ziemlich scharfe Gefolgschaft im amerikanischen Fahrwasser einzutauschen, während die Stellung des wichtigen Dominions Südafrika zur Zeit völlig im Dunkel liegt. Bei der gerade außenpolitisch und weltanschaulich seltsamen Struktur der Machtgruppe, die nunmehr dort die Führung in die Hand genommen hat, sind für die Zukunft von diesem unsichern Element aus zweifellos die verschiedensten Entwicklungen in den Bereich der Möglichkeit getreten, — Entwicklungen, die im besonderen in Hinblick auf die kommenden Lösungen im Rahmen des deutschen Problems verschiedene Perspektiven in sich schließen. Denn der deutsche Nationalismus ist nicht tot — und der Nationalsozialismus auch nicht.

Jann v. Sprecher

Brief aus Deutschland

«Untern Linden, untern Linden gehn spazieren die Mägdelein...», so klingt es eben wieder vom Sender Frankfurt. Wohl noch nie — und sicherlich nicht in den letzten drei Jahren — ist hier in Westdeutschland das Wort «Berlin» so viel gefallen wie in den letzten Wochen. Viele Sender bringen fast täglich musikalische und anekdotische Erinnerungen an

«das schöne alte Berlin».

Aber alle fröhlichen Sendungen können nicht darüber hinwegtäuschen: die Lage in Berlin ist ernst. Das radikale Vorgehen der Russen hat die Westmächte gezwungen, aus ihrer bisherigen abwartenden Position herauszutreten und zu handeln. Bis zu den letzten einschneidenden Maßnahmen der Russen war die Politik der Westmächte in Berlin: to stay doing nothing, d. h. lediglich zu bleiben, ohne sichtbare Gegenmaßnahmen zu treffen, eine Politik, die sich daraus ergab, daß die Westmächte es im Jahre 1945 versäumt hatten, über den Status von Berlin und seine Verbindungswege mit dem Westen klare und eindeutige Abmachungen zu treffen. Diese Politik hatte den großen Nachteil, daß große Teile der Berliner Bevölkerung (und vielleicht auch die Russen) an die Ernsthaftigkeit der immer wieder abgegebenen Erklärung «wir bleiben in Berlin» nicht recht geglaubt haben. Heute weiß nun jeder, daß es den Westmächten mit ihrer Absicht ernst ist, dem russischen Druck nicht nachzugeben. Der Zweifel ist also beseitigt; aber der deutschen Bevölkerung in den belagerten Berliner Westsektoren werden große Opfer auferlegt und noch größere stehen bevor. Denn die Luftversorgung kann nur die allernotwendigsten Bedürfnisse an Lebensunterhalt befriedigen; das Wirtschaftsleben muß durch den nicht zu beseitigenden Mangel an Kohle, Strom und Gas etc. immer mehr zum Erliegen kommen. Hinzu kommt, daß durch die doppelte und unzusammenhängende, den Berliner Verhältnissen in keiner Weise angepaßte Währungsreform chaotische Verhältnisse im Zahlungsverkehr sich entwickelt haben, unter denen nur das Schiebertum gedeihen kann. Trotzdem wünscht die große Mehrheit der Berliner Bevölkerung das Bleiben und Durchhalten der Westmächte in Berlin, weil sie nicht der einseitigen Beherrschung durch die östliche Diktatur verfallen will.

Hier im Westen hat die am 20. Juni vollzogene

Währungsreform

das Bild nicht nur des Wirtschaftslebens, sondern des gesamten Lebens von einem Tag zum andern von Grund auf verändert. Das Geld ist mit einem Mal wieder zum Angelpunkt geworden. Wer in den letzten Jahren nicht in Deutschland gewesen ist, vermag sich keine Vorstellung davon zu machen, in welchem Umfang sich das gesamte Wirtschaftsleben ohne den so wichtigen Faktor «Geld» abwickelte. Das ist nun aus, und die Ware sucht wieder das — vorläufig sehr knappe — Geld. Während vorher nur die geringen rationierten Lebensmittelmengen in den Geschäften zu kaufen waren, und alle andern Konsumgüter auf verschlungenen «schwarzen und grauen» Pfaden auf Grund persönlicher Beziehungen oder im Tauschverkehr an den Verbraucher gelangten, liegen jetzt wieder in den Schaufenstern aller Geschäfte Waren aller Art. Allerdings kann der Verbraucher sie nur in seltenen Fällen kaufen, weil er nicht genug Geld hat. Doch ist dieses Oft-nicht-kaufen-können der Zustand der normalen Wirtschaft, ganz besonders in einem verarmten Lande.

Der erste Eindruck der Währungsreform ist der, daß ihre lange Vorbereitung durch alliierte und deutsche Sachverständige gut gewesen ist. Die breiten Massen der

Bevölkerung, Arbeiter, Handwerker und Bauern sind zufrieden. Die Arbeiter erhalten ihren Lohn in alter Höhe (ebenso die Angestellten und Beamten). Wenn sie auch lange nicht alles kaufen können, was sie bei dem jahrelang aufgestauten Bedarf dringend gebrauchen könnten, so wissen sie doch, was sie mit dem Lohn, den sie empfangen, in Händen haben; sie brauchen sich nicht mehr in den Abendstunden abzuheizen, um irgend etwas zu «erkungeln» (einzutauschen) bzw. 2—3 Tage in der Woche unter dem Vorwand einer Krankheit zu feiern, um zu einem Bauern aufs Land zu fahren. Die durch diese Reisen bisher stets überfüllten Züge der Eisenbahn sind nunmehr leer. Von Betriebsleitern wird berichtet, daß schon in den ersten 2—3 Wochen die Arbeitsintensität um 25—30 % gestiegen ist, und daß die in der früheren Zeit so häufigen Betriebsdiebstähle fast ganz aufgehört haben. Die Bauern liefern die nicht mehr bewirtschafteten Produkte, wie Gemüse, in reichlicher Menge an die Märkte der Städte, um Geld für ihre Erzeugnisse zu bekommen. Einen besonders guten Eindruck hat die Auszahlung aller Renten an die Alten und Arbeitsunfähigen in voller Höhe der erworbenen Ansprüche gemacht. In einem Lande, in dem ein sehr großer Teil der Bevölkerung während der Arbeitsjahre für Renten und Versicherungen spart, ist dieser Faktor von besonderer Wichtigkeit. Am meisten Sorgen haben zurzeit alle größeren und kleineren Unternehmer, denen es fast durchweg an dem notwendigen Betriebskapital mangelt. Die Verarmung der gesamten Volkswirtschaft findet hier ihren sichtbarsten Ausdruck. Es wird längere Zeit brauchen, bis an dieser Stelle die Übergangsschwierigkeiten überwunden sind, und es ist noch nicht zu übersehen, ob die vorgesehenen Kredithilfen ausreichen werden, um ernsthaftere Schwierigkeiten, Betriebsstillegungen und damit Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Neben der Währungsreform, die den Kern der wirtschaftlichen Reorganisation Westdeutschlands darstellt, ist nun auch die

politische Stagnation durchbrochen.

Die Gouverneure der drei Westzonen haben den westdeutschen Ministerpräsidenten auf der Basis ihrer Londoner Abmachungen Vorschläge für die politische Gestaltung des westdeutschen Gebietes gemacht. Die bisherige Stagnation hatte ihren Grund darin, daß nach der Beendigung des Krieges zunächst der Versuch gemacht werden mußte, die Neuordnung der deutschen Verhältnisse im Rahmen einer Zusammenarbeit aller Kriegssalliierten vorzunehmen. Dieser Versuch ist an der Unmöglichkeit konstruktiver Zusammenarbeit zwischen den westlichen Alliierten und den Russen gescheitert. Mit der Verkündung der Währungsreform und der politischen Neugestaltung Westdeutschlands haben sich die Westmächte von der hemmenden russischen Mitwirkung befreit, nachdem die Russen durch die schon 1945 begonnenen und ständig fortgesetzten einseitigen Maßnahmen in ihrer Zone de facto eine Teilung Deutschlands in zwei Hälften herbeigeführt haben.

Zur politischen Neugestaltung haben die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder den Militärgouverneuren Gegenvorschläge gemacht. Diese Gegenvorschläge bewegen sich in den Grundzügen auf der gleichen Linie wie die alliierten Vorschläge. Sie weichen in Einzelheiten ab, die bemerkenswert sind.

Die wichtigste Einzelheit ist, daß die Deutschen keinen westdeutschen Staat und keine verfassunggebende Nationalversammlung wünschen. Die Teilung Deutschlands in ein westdeutsches und ein ostdeutsches Gebiet ist nicht dem Wunsch der Deutschen entsprungen, sie alle wünschen ein einheitliches Deutschland im Rahmen der nach dem verlorenen Krieg verbliebenen Grenzen. Sie halten deshalb den Zeitpunkt für eine deutsche Nationalversammlung nicht für gekommen, denn eine Deutsche Nationalversammlung müßte das ganze Gebiet umfassen. Sie wollen aber aus dem unbefriedigenden Interimszustand heraus und wünschen daher für das

westdeutsche Gebiet eine leistungsfähige politische Verwaltung, die einer echten demokratischen Kontrolle unterliegt. Der von den Gouverneuren vorgeschlagene 60-köpfige parlamentarische Rat soll nur das Grundgesetz über den Aufbau dieser Verwaltung ausarbeiten und das Wahlgesetz für das nach diesem Grundgesetz zu wählende Parlament bestimmen. Die Legislative soll aus diesem — direkt in Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht zu wählenden — Parlament und einer von den Ländern zu besetzenden zweiten Kammer bestehen. Das Parlament soll die Exekutive bestellen und kontrollieren.

Zu der Anregung der Militärgouverneure, bis zum 1. September Vorschläge zur endgültigen Festlegung der Ländergrenzen zu unterbreiten, ist deutscherseits gebeten worden, den Termin hinauszuschieben, da diese Frage als solche gesamtdeutschen Charakters erst *nach* der Schaffung der geplanten westdeutschen Verwaltung durch diese behandelt werden kann.

Daß zu dem dritten Vorschlag der Militärgouverneure, der das Besatzungsstatut behandelt, die deutschen Gegenvorschläge besonders ausführlich und ins einzelne gehend sind, kann niemanden wundern; handelt es sich hier doch um die schwierigste Frage, die zwischen den Westmächten und den Deutschen zu regeln ist, nämlich die genaue Abgrenzung der beiderseitigen Kompetenzen und die Schaffung sicheren Rechtsbodens. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Verhandlungen gerade über diesen Punkt noch bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden haben werden. Die Tatsache aber, daß es auf der Koblenzer Konferenz der westdeutschen Ministerpräsidenten gelungen ist, unter Beteiligung der großen Parteien eine übereinstimmende deutsche Stellungnahme zu erreichen, läßt hoffen, daß die Westmächte, die mit ihren Vorschlägen betont ein neues Kapitel begonnen haben, dieser gewichtigen deutschen Stellungnahme die gebührende Achtung schenken werden.

Konrad Mommsen

Brief aus Italien

Die einheimischen und fremden Propheten, die nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse vom 18. April zu sagen pflegten: nun haben wir für fünf Jahre Ruhe, erinnern uns an jene Weissager, die nach dem Münchner Abkommen von 1938 orakelten: der Friede ist für eine Generation gesichert. Die Verhältnisse zwingen unsere Nachbarn im Süden nolens volens, auch weiterhin das «vivere pericolosamente» zu betreiben.

Wirtschaftlich

ist die Lage nicht rosig, in vielen Sektoren trotz einer neuen Inflationstendenz sogar ausgesprochen schlecht. Die große Arbeitslosigkeit ist ebenso sehr durch die starke Bevölkerungsvermehrung von nahezu 400 000 Seelen pro Jahr als durch Rohstoff- und Absatzmangel bedingt. Wohl ist das zum Leben Notwendige heute in solcher Überfülle vorhanden, daß man dem in Italien zirkulierenden Bonmot eine gewisse Berechtigung nicht absprechen kann: «se perdiamo un'altra guerra siamo completamente a posto» (wenn wir noch einen Krieg verlieren, sind wir wieder ganz im Sattel). Aber von dieser Fülle profitiert nur, wer sich eines der gegenüber der Vorkriegszeit ca. fünfzigfach erhöhten Preislage angepaßten Einkommens erfreut, was bei den Angestellten und Arbeitern heute freilich fast durchwegs der Fall ist. Dagegen ist das Los der

Arbeitslosen mit einer Rekordziffer von 21½ Millionen

(wovon allerdings ein großer Prozentsatz sich selbst durchschlägt) und der Kleinrentner sehr hart; sie haben tatsächlich zu viel zum Sterben, aber zu wenig zum Leben.

Die ständige Unrast geht nur zum Teil von diesen hartgeprüften Elementen aus. In erster Linie ist sie auf politische Agitationen zurückzuführen, deren Quelle allerdings wieder im Wirtschaftlichen liegt. Immer deutlicher zeigt sich, daß für die Anhänger Togliattis und Nennis der 18. April eine Episode war, die so rasch wie möglich zu korrigieren ist. Das Mittel dazu ist bewußte Sabotage am ganzen Wiederaufbauwerk Italiens. Man kann die italienische Regierung wahrlich um ihre undankbare Sysphusarbeit nicht beneiden, dafür muß man ihre bis jetzt gezeigte Unentwegtheit bewundern. Es sind nämlich keineswegs bloß die verhetzten Linkskreise, die keinen guten Faden an ihr lassen. Auch weite Sparten des Bürgertums sind gegen sie eingenommen, weil alle die Reform- und Rekonstruktionspläne eben Geld, sogar sehr viel Geld kosten. Nun haben aber unsere südlichen Nachbarn eine eingeborene Abneigung gegen das Steuerzahlen. Uns Nordländern fällt die Verständnislosigkeit der Italiener auf diesem Gebiete immer wieder auf. Trotz Republik und Demokratie sieht die Mehrheit der italienischen Bevölkerung im Staate wie seit Jahrhunderten immer noch den Gegner, den zu betrügen fast eine Selbstverständlichkeit ist. Seltene Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Die immer aufs neue wieder diskutierte Patrimonialsteuer, die schon längst in aller Form beschlossen wurde und zur Sanierung des Finanzhaushaltes einfach unumgänglich notwendig ist, redet eine deutliche Sprache. Auch der von vielen bürgerlichen Kreisen abgelehnte

«Piano Fanfani»,

ein soeben vom Arbeitsminister lanciertes Arbeitsbeschaffungsprogramm großen Stiles, das vor allem durch die Initialzündung vermehrter Bautätigkeit zur Linderung der großen Wohnungsnot die darniederliegende Wirtschaft wieder in Schwung bringen möchte, zeigt die psychologischen Hemmnisse, die sich einer Wiedergesundung Italiens ernstlich in den Weg stellen. Im Hintergrund hofft der Durchschnittsitaliener immer noch, der «zio d'America», oder sonst ein «santo» werde ihm die riesige Schuldenlast abnehmen. Doch der amerikanische Beauftragte des E. R. P. für Italien, Mr. Zellerbach, gab kürzlich deutlich zu verstehen, daß der «fondo lire», d. h. der Fonds, den die italienische Regierung aus dem Verkaufe der geschenkten Waren im Rahmen des Marshallplanes äufnet, nicht zur Deckung der Milliardendefizite des Staatshaushaltes, sondern zur Vergrößerung der Produktion Verwendung finden soll.

So wichtig

die amerikanische Wirtschaftshilfe

für den Wiederaufbau Italiens auch ist, so zeigt sich immer mehr, daß sie allein nicht ausreicht, um der Mittelmeerhalbinsel einen gedeihlichen Fortbestand zu ermöglichen, obwohl sie seit zwei Jahren einen durchaus gesunden, liberalen Wirtschaftskurs steuert. Zwei Maßnahmen auf internationalem Gebiet drängen sich auf: die unverzügliche Schaffung eines möglichst zollschrankenfreien europäischen Wirtschaftsraumes (die geplante Wirtschaftsunion mit Frankreich genügt nicht!) und die Massenaufnahme italienischer Emigranten durch das Ausland. Es ist keine Übertreibung, zu behaupten, daß Italien langsam der Erstickungsgefahr entgeht. Wenn auch die *Außenhandelsumsätze* in Gewichten im 1. Quartal 1948 (über das 2. Quartal liegen noch keine Statistiken vor) auf der Einfuhrseite ca. 30 % und auf der Ausfuhrseite gar 50 % über den letztjährigen Mengen liegen, so bedeuten die

durchschnittlichen Monatsziffern von 360 Millionen Schweizerfranken für die Einfuhr und 180 Millionen für die Ausfuhr für ein rohstoffarmes 45 Millionenvolk doch bedenkliche Minima. Dabei ist noch hervorzuheben, daß gewisse traditionelle Kleinindustrien Italiens bei der allgemeinen Absperrungspolitik vieler europäischer und überseeischer Länder gegen nicht unbedingt lebensnotwendige Güter überhaupt keine Existenzmöglichkeit mehr haben. Der Ausfall Deutschlands macht sich im italienischen Außenhandel sehr stark geltend. Während vor dem Kriege ca. 25 % der Ausfuhr dorthin gingen, und ebensoviel von Deutschland bezogen wurde, rangiert es heute auf der Einfuhrseite mit 11½ %, und auf der Ausfuhrseite gar nur mit 1 %. Diese Schwierigkeiten werden durch die Folgen der zehnjährigen faschistischen Autarkiepolitik, die gewissen Industrien eine Scheinblüte brachte, noch erhöht, ertragen doch weite Zweige der in der künstlichen Treibhausluft groß gewordenen italienischen Industrie den scharfen Wind der internationalen Konkurrenz preislich und qualitativ schlecht oder gar nicht, zumal viele Maschinenpärke veraltet, die Arbeitsleistung des italienischen Arbeiters stark zurückgegangen, und die Arbeitgeber mit sozialen Abgaben (über 50 % der ausbezahlten Löhne) überlastet sind, wozu in Norditalien noch der widersinnige Entlassungsstop kommt. Ein Land, dessen Industrie wegen Rohstoffmangel ja nur Veredlungsverkehr treiben kann, hat auf den internationalen Märkten nur dann Erfolgsaussichten, wenn es seine Produkte billiger (wie Japan vor dem Kriege) oder besser (wie die Schweiz) als die einheimische Konkurrenz absetzen kann. Nur vereinzelt kommt Italien heute mit, was z. T. wenigstens das tiefe Niveau seiner Ausfuhr erklärt.

Wenn nun aber die Industrie den täglichen Bevölkerungszuwachs von über 1000 Seelen nicht absorbieren kann, so kann nur eine

Massenauswanderung in fremde Länder oder eigene Kolonien

helfen. Wenn alle Länder Italien gegenüber so generös wären wie die Schweiz, die als größter Abnehmer italienischer Produkte volle 13 % seiner Ausfuhr aufnimmt und 150 000 italienische Saisonarbeiter beschäftigt, wäre es um unsern südlichen Nachbarn viel besser bestellt. Leider gelang es ihm bis heute nicht, die Tore in andere Weltteile aufzureißen. Da bisher auch in der Frage der eventuellen Rückgabe der Kolonien an Italien keine Fortschritte erzielt worden sind, wächst der Bevölkerungsdruck auf die Wände der mit tausendfachen Schwierigkeiten kämpfen-Mittelmeerrepublik täglich in gefährlicher Weise.

Man muß sich diese Verhältnisse vor Augen halten, wenn man den ganzen Ernst des auf das

Attentat gegen Togliatti

folgenden Generalstreikes ermessen will, der sich in der zweiten Phase offen die Vertreibung der Regierung de Gasperis zum Ziele setzte. Wird sie auch in Zukunft der 30 %igen Volksfrontminderheit Meister werden, wenn diese beim nächsten Hosenlupf, der früher oder später kommen wird, nicht so unvorbereitet und unkoordiniert wie diesmal auf den Schwingplatz tritt? In gewissen östlichen Volksdemokratien haben selbst kleinere Minderheiten die Macht an sich gerissen. Trotz oder gerade wegen des kommunistischen Familienzweites mit Tito scheint der lange Arm Rußlands so kräftig wie je in Italien zu wühlen.

«Caveant consules!» — möchte man den westlichen Alliierten, vorab Amerika und Großbritannien, zurufen, die sich auf Grund der 70 %igen Stimmenmehrheit für de Gasperi bei den Aprilwahlen hinsichtlich der Lage Italiens in trügerischer Sicherheit wiegen. E. R. P., forsche Gesandtenreden und Flottenbesuche am laufenden Band allein vermögen die schleichende italienische Krise nicht zu lösen.

Peregrinus

Brief aus der Türkei

Man schreibt uns aus *Ankara*:

Nach einer neunmonatigen Amtstätigkeit trat das Kabinett Hasan Saka Anfang Juni zurück. Da die Opposition vorläufig viel zu schwach ist, als daß es ihr möglich wäre, eine Regierung zu stürzen, ist der Kabinettswechsel auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der an der Macht befindlichen Volkspartei zurückzuführen. Kein Zweifel freilich, daß diese Meinungsverschiedenheiten ihrerseits sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung verschärften und von dem Staatschef in einer diesem erwünscht erscheinenden Weise ausgenutzt wurden. Die

neue Regierung

steht zwar abermals unter der Führung Hasan Sakas, sie umfaßt auch wiederum nur Mitglieder der Volkspartei, doch gehören fast sämtliche neuen Minister dem «gemäßigten» Flügel dieser Partei an, der zu einer weitgehenden Verständigung mit der in Opposition stehenden Demokratischen Partei bereit ist. Überdies repräsentieren sie die jüngere Generation, der gewiß noch Erfahrung fehlt, die aber nicht nur von Ehrgeiz, sondern auch von Arbeitseifer beseelt ist. Unter den Ministern, die bereits Mitglieder des alten Kabinetts waren, befinden sich der stellvertretende Ministerpräsident Barutçu, der Außenminister Sadak und der Finanzminister Adalan. Da nach wie vor bezüglich der Grundsätze, auf denen die türkische Außenpolitik beruht, vollkommene Einigkeit herrscht, kann der Kabinettswechsel nur auf wirtschafts- und innenpolitischem Gebiete zu Änderungen Anlaß geben.

In der Innenpolitik

ist es namentlich die Frage einer Reform des Wahlgesetzes, die im Brennpunkte scharfer Auseinandersetzungen steht. Was man noch vor zwei Jahren, obwohl es ein offenes Geheimnis war, nicht ungestraft aussprechen durfte — die Tatsache nämlich, daß es der Volkspartei nur durch schärfsten Druck gelungen war, sich eine stattliche Mehrheit im Parlament zu sichern —, wird heute innerhalb und außerhalb des Parlaments diskutiert und von der Opposition zum Ausgangspunkt ihrer Forderungen auf eine Garantierung wirklich freier, geheimer, demokratischer Wahlen gemacht. Eine Reform des Wahlgesetzes wird dieser Tage in der Nationalversammlung beraten; — sie erfüllt zwar nicht alle Forderungen der Demokraten, wird aber immerhin gegenüber dem alten Zustande wesentliche Verbesserungen bringen. Ob im Gefolge dieser Reform nun auch in Bälde allgemeine Neuwahlen stattfinden werden, steht noch dahin, und ebenso wenig ist es sicher, daß diese den Demokraten einen vollständigen Sieg bringen würden.

Die Oppositionspartei hat nämlich eine Reihe von Krisen hinter sich, die gezeigt haben, daß das ihre Mitglieder einigende Band mehr negativer als positiver Natur ist, und die zu Abspaltungen führten, auf Grund derer die Stärke ihrer parlamentarischen Vertretung sich nicht unwesentlich verringerte. Vor kurzem wurde der Öffentlichkeit in großer Aufmachung die Nachricht unterbreitet, daß eines der aktivsten früheren Mitglieder der Demokraten, Kenan Oner, zusammen mit dem früheren Generalstabschef Marschal Cakmak u. a., eine dritte Partei gründen würde, doch ist bislang in dieser Angelegenheit nichts erfolgt. Ebenso wenig ist etwas über das Programm dieser neuen Partei bekannt geworden. Die Demokraten selbst konzentrieren ihre Angriffe im wesentlichen auf die Frage der Wahlreform und die Wirtschaftspolitik, die ja nun allerdings der Kritik breite Angriffsflächen bieten,

Als im Herbst 1946 zu einer erheblichen Devaluation des türkischen Pfundes

geschritten wurde, hoffte man, die Ausfuhr beleben und den Übergang zu der als notwendig erachteten liberaleren

Wirtschaftspolitik

finden zu können. Die Regierung hat es jedoch nicht verstanden, die Rückwirkungen der Abwertung auf das innere Preisniveau durch entsprechende Maßnahmen abzuschwächen; im Gegenteil: eine kurzsichtig-fiskalistische Zoll- und Tarifierhöhungspolitik in Verbindung mit einer aufwendigen Budgetgestaltung hat dazu geführt, daß die Schwierigkeiten, vor die sich die türkische Wirtschaft bei Kriegsende gestellt sah, in nahezu unveränderter Form wieder aufgelebt sind. Vor allem hat die Tatsache, daß die meisten Exportgüter — ausgenommen Tabak — wenige Monate nach der Devaluation eine Preiserhöhung erfuhren, die das Maß der Abwertung erreichte oder gar überschritt, bewirkt, daß erhebliche Mengen an Trockenfrüchten u. dgl. aus Preisgründen im Auslande nicht absetzbar sind. Da die Einfuhr immer noch auf einem relativ hohen Niveau verharret, wobei der Import von Luxusgütern, wie etwa schweren amerikanischen Wagen, eine bedeutsame Rolle spielt, so weist die Handelsbilanz ein wachsendes Defizit auf. Im übrigen macht sich infolge der

Exportschwierigkeiten

eine Stockung im Inlandgeschäft bemerkbar, die bereits von mancher Seite als «schwere Krise» bezeichnet wird und auf dem Umwege über rückgängige Steuererträge auch die Budgetlage gefährdet. Es war daher höchste Zeit, daß die neue Regierung ihren Willen bekundete, in bezug auf Personal- und Bauausgaben nunmehr den Weg strenger Sparsamkeit zu befolgen. Es bleibt freilich abzuwarten, ob diesen Worten nun auch Taten folgen werden. Denn bislang ist es weder gelungen, das große Finanzreformwerk, das seit mehr als einem Jahre von einem Parlamentsausschusse beraten wird, unter Dach und Fach zu bringen, noch Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung durchzuführen, obwohl ein unterministerieller Ausschuß seit 7 Monaten diesbezügliche Vorschläge ausgearbeitet hat. Besonders scharfe Kritik hat die

Getreide- und Zuckerpolitik

der Regierung gefunden. Infolge einer unbegreiflichen und unverzeihlichen Maßnahme der Regierung Recep Peker wurden vor 1—2 Jahren erhebliche Mengen Weizen exportiert, und zwar gegen Sterling. Die unzulängliche Vorjahrsernte zwang dann dazu, nicht nur die Brotqualität erheblich zu verschlechtern, sondern auch große Importe — gegen Dollar! — vorzunehmen. Es steht zu vermuten, daß bei dem Export des Jahres 1946 gewisse Personen sich in ungerechtfertigter Weise bereichern konnten, wie denn überhaupt eine ganze Reihe von Skandalen, die im Laufe der letzten Monate aufgedeckt wurden und z. T. zu Ministeranklagen führten, bewiesen, daß die öffentliche Moral in bedenklichem Maße gesunken ist. Was die Zuckerfrage anlangt, so hat eine psychologisch ungeschickte Äußerung eines Regierungsmitglieds zu einem solchen «Run» geführt, daß zeitweilig überhaupt kein Zucker mehr zu erhalten war und man daher — bis zum Eintreffen von Importen — zur Rationierung greifen mußte (1 kg pro Person und Monat), eine Maßnahme, die um so heftigerer Kritik begegnete, als Zucker selbst während des Krieges niemals rationiert war. Ganz allgemein sind

die Außenhandelsnöte

darauf zurückzuführen, daß infolge des Kriegsausgangs die traditionellen Austauschbeziehungen der Türkei mit Mitteleuropa und namentlich mit Deutschland fast völlig zum Erliegen kamen. Besonders stark macht sich diese Tatsache auf dem

Gebiete der Tabakwirtschaft bemerkbar. Versuche türkischer Kaufleute, an Ort und Stelle mit den Amerikanern über Tabaklieferungen an Deutschland zu verhandeln, blieben bislang ergebnislos.

Schließlich sei in diesem Zusammenhang noch mit einem Worte auf

die Petroleumfrage

eingegangen, die vor einigen Wochen die Öffentlichkeit aufs stärkste beschäftigte. Damals ging die Nachricht durch die Presse, daß man in Raman auf Quellen gestoßen sei, deren Ausbeutung die Türkei in bezug auf Öl binnen kurzem vollkommen unabhängig vom Ausland machen würde. Inzwischen ist etwas Wasser in dieses Öl gegossen worden; Sachverständige haben behauptet, daß es bei dem gegenwärtigen Zustande der Dinge noch keineswegs möglich sei, bestimmte Angaben zu machen, und daß der anfänglich offiziell bekundete Optimismus übertrieben sei. Trotzdem steht zu vermuten, daß es sich in Raman um Ölvorkommen handelt, die eine große Bedeutung besitzen und die Außenhandelsituation des Landes mit der Zeit nicht unwesentlich erleichtern werden.

Wie schon im vorigen Bericht gemeldet, hat die

Behandlung der Türkei im Rahmen des Marshall-Plans

eine schwere Enttäuschung bei Regierung und Volk ausgelöst. Die ursprüngliche Entscheidung, dem Lande überhaupt keine Gratislieferungen zukommen zu lassen, wurde zwar in der Folgezeit revidiert, doch sind die schließlich zugesagten Beträge (etwa 10 Mill. Dollar) absolut und relativ sehr gering und vermögen jedenfalls nichts Wesentliches zur Besserung der Lage beizutragen. Daher denn auch der Entschluß der Regierung, sich bei der Durchführung des Fünfjahresplanes 1948—52 der Hilfe der «Internationalen Bank» zu bedienen. Insgesamt sieht dieser Plan Investitionen im Werte von rund 2,5 Mldn. Lt. vor, von denen etwa die Hälfte durch eine Anleihe der erwähnten Bank finanziert werden sollte. Die Bank hat jedoch, wie es scheint, ihre Hilfe lediglich für bestimmte kurzfristige Anlagen zugesagt, so daß vorläufig nicht zu ersehen ist, wie das Programm finanziell durchgeführt werden kann. Die Finanzierungsschwierigkeiten würden sich noch erheblich steigern, wenn ein Plan, 300 Mill. Lt. zum Ausbau der Militärfabriken zu verwenden, zur Ausführung gelangen sollte. Auf der anderen Seite scheint

die militärische Hilfe,

welche die USA. der Türkei gewähren, weit über das hinauszugehen, was man ursprünglich angenommen hatte. Nicht nur sind in den letzten Monaten erhebliche Mengen an Kriegsmaterial, Kriegsschiffen (worunter 4 U-Boote) u. dgl. laufend eingetroffen, sondern es steht auch zu erwarten, daß die Lieferungen in der nächsten Zeit noch verstärkten Umfang annehmen werden. Das Rätsel, wie diese gewaltigen Mengen an Material im Rahmen der relativ bescheidenen, vom amerikanischen Kongreß bewilligten Geldmittel geliefert werden konnten, löste sich, als man erfuhr, daß die Amerikaner Waffen, Munition usw. nur mit einem Bruchteil ihres Kostenpreises anrechnen. In der Tat erklärte der Vertreter der militärischen Amerikahilfe in der Türkei kürzlich, der wirkliche Wert des bislang gelieferten Materials beliefe sich nicht auf 100 Millionen, sondern auf 1 Milliarde Dollar.

In diesem Zusammenhange sei abschließend noch erwähnt, daß die gegenseitigen Besuche türkischer und anglo-amerikanischer hoher Militärs fort dauern. So war der türkische Generalstabschef im Mai Gast der Amerikaner in der von diesen besetzten Zone Deutschlands, und Anfang Juli erfolgte ein neuerlicher Besuch einer amerikanischen Flotte in Istanbul, der sich ein englischer Kreuzer unmittelbar anschloß.

Militärische Umschau

«Der Grad unserer Kriegsbereitschaft ist alles andere als ideal.»

Diese Worte stehen in der vor kurzem erschienenen Schrift des *Generalstabschefs*: «*Unsere Landesverteidigung*». Schon bald nach Kriegsschluß war in der schweizerischen Öffentlichkeit die Rede von der Notwendigkeit einer Armeereform, und der Ruf nach einer Gesamtkonzeption der Landesverteidigung wurde laut erhoben. Dabei übersah man vielfach, daß auch in den anderen Armeen die Reorganisation nur schrittweise vor sich geht, radikale Umwälzungen, «die den Grad unserer Kriegsvorbereitungen herabsetzen», uns wegen der militärpolitischen Lage versagt sind und der Bundesrat sich schon zu Beginn des Jahres 1947 eingehend über die «Probleme der künftigen Wehrordnung» ausgesprochen hat¹⁾. Es wurden auch die vielen organisatorischen und technischen Änderungen, die unserer heutigen Armee bereits wieder ein anderes Gepräge geben als der Armee des Jahres 1945, vielfach bagatellisiert; man denke nur an die Umbewaffnung und Motorisierung der Artillerie.

Die Klagen über Rückständigkeit, Verknöcherung und Geheimniskrämerei unserer Armeeleitung werden durch die Schrift des Generalstabschefs in souveräner Weise entkräftet. Sie deckt mit erfrischender Offenheit vorhandene Mängel auf, ein Beweis für das in den gesunden Sinn unseres Volkes gesetzte Zutrauen, atmet aber doch einen zuversichtlichen Geist:

«Wir dürfen daher die Frage, ob wir uns verteidigen können, nach bestem Wissen und Optimismus bejahen», und ferner

«Wir sind überzeugt, daß unsere Milizen ... als vollwertige Soldaten gelten können, die ... zu kämpfen verstehen werden.»

Ohne auf die vielen Angriffe im einzelnen einzugehen, berücksichtigt die Schrift doch die Fragen «die in gewissen Artikeln und Aufsätzen, auf Grund irriger oder tendenziöser Voraussetzungen beurteilt worden sind». Die Schrift hat dabei auch die Ansichten jener Kreise im Auge, die glauben, von ihrem nationalen Beobachterposten aus die Interessen von Volk und Armee am besten zu wahren. Das auch in große Tagesblätter eingedrungene ominöse Schlagwort der «Armee im Taschenformat» wird eindeutig ad absurdum geführt. Dabei scheut aber der Generalstabschef die öffentliche Diskussion keineswegs. Auch *Bundesrat Kobelt* hat in seiner St. Galler Rede an den Schweizerischen Unteroffizierstagen den Nutzen einer sachlichen Kritik erneut vorbehaltlos bejaht (NZZ. Nr. 1267).

Das vom Generalstabschef erwähnte Dogma: «Je stärker wir sind, desto geringer ist das Risiko, in einen Krieg verwickelt zu werden», ist unbestritten, und doch ist es gefährlich, dasselbe zu häufig im Munde zu führen, weil sich sonst unser Volk, im Vertrauen auf die Tüchtigkeit seiner Armee, allzusehr in Sicherheit wiegt. Die Armee selbst aber muß das schwarze Bild des Krieges als düstere ultima ratio vor Augen haben, sonst fehlt ihrer Arbeit der notwendige Ernst.

Die vielgestaltigen Probleme der Landesverteidigung werden in den drei Kapiteln *Grundlagen*, *Gegenwärtige Situation* und *Aussicht in die Zukunft* in gedrängter Form behandelt. Hoffentlich kann die Schrift, die nicht nur den Kommandanten der Heeresseinheiten und Truppenkörper, sondern auch den Bundesstadtkorrespondenten ausgehändigt worden ist, käuflich erworben werden, so gut wie der Bericht des Generals über den Aktivdienst und der anschließende Bericht des Bundesrates. In unseren Ausführungen müssen wir uns darauf beschränken, einige uns besonders wichtig scheinende Fragen zu streifen.

¹⁾ Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Bericht des Generals über den Aktivdienst 1939—1945, S. 72—108.

Überzeugend ist der Nachweis, die Entwicklung unserer Armee müsse «viel eher» den Charakter einer Evolution als einer Reorganisation haben, denn «jede Veränderung organisatorischer Art, jede Einführung einer neuen Waffe oder eines neuen Gerätes setzt den Bereitschaftsgrad eine Zeitlang herab». Die Schrift begründet eingehend die Notwendigkeit der inzwischen vom Bundesrat bereits erlassenen Botschaften über die tiefgehenden Änderungen bei den *Leichten Truppen* und die *Neuordnung der Heeresklassen*. Man möge sich vergegenwärtigen, welche Unmenge kleinster Details die beantragten Neuregelungen für die Mannschaft, jedes Kommando, jede Kontrollstelle und dann im großen für die Mobilmachungsplätze mit sich bringen werden.

In der Frage der *Kampfführung* stehen sich die Auffassungen der *Konzentration der Kräfte* und der *Raumverteidigung* gegenüber. In der letzten Zeit wurden diese beiden entgegengesetzten Auffassungen am schärfsten einerseits in der «NZZ.», andererseits in der «National-Zeitung» vertreten («NZZ.» Nr. 1054, 1058, 1062, 1065, «National-Zeitung» Nr. 212, 216, 234, 236). Beim Studium der Schrift des Generalstabschefs gelangt man zur Überzeugung, daß die These der Konzentration der Kräfte bevorzugt wird:

«Konzentration der Mittel, Schwergewicht dort, wo man die Entscheidung sucht, ... Überlegenheit des Angriffs über die Abwehr» (S. 20).

Wohl können «wir Angriffsaktionen größten Stils nicht durchführen», aber, frei von jedem Schema, wird beigelegt:

«Hüten wir uns aber dennoch davor, den Oberbefehlshaber schon im Frieden mit strategischen Vorschriften zu belasten, die sich im Kriege sehr wahrscheinlich als unrichtig erweisen würden. Bringen wir ihm vielmehr das nötige Vertrauen entgegen.»

Die Schrift erwähnt auch als dringendes Bedürfnis den Ausbau der *Panzerabwehr*. In diesem Zusammenhang verweisen wir nachdrücklich auf den Aufsatz «Wir sollen Panzer anschaffen» in der Juninummer 1948 der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift». Die darin geäußerten Gedanken sind von F. W. in der «NZZ.» unterstützt worden (Nr. 1474).

In der Frage der *Kavallerie* versucht die Schrift verschiedene Auffassungen unter einen Hut zu bringen. Wir lesen: «Unentbehrlich ist sie uns allerdings nicht. ... Aber es ist unter Umständen erwünscht, die Kavallerie beizubehalten...» Sie ist aber «fast so teuer wie die Luftwaffe», so daß «ihre Leistungen in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen stehen». Trotz allen Einwendungen scheinen uns die Gründe «psychologischer und politischer wie militärischer Art» für die Beibehaltung der Kavallerie in der vorgesehenen Form zu sprechen, unter der Voraussetzung, daß «sie wirklich eine leichte, sehr bewegliche Truppe wird».

Unsere *Luftwaffe*, «deren Abschaffung sich sehr ungünstig auf unsere Landesverteidigung auswirken würde», soll, wie schon der bundesrätliche Bericht sagte, «stets nur dem taktischen und nicht dem strategischen Einsatz dienen». Den Kritikern, die für deren Abschaffung eintraten, wird mit Recht entgegengehalten:

«Der Gegner stellt sich anders zu uns ein, wenn er weiß, daß wir einige hundert moderne Flugzeuge einsetzen können, als wenn ihm bekannt ist, daß wir über keine Flugzeuge verfügen».

Der Generalstabschef setzt die Gründe für die Notwendigkeit einer *eigenen* Kriegsindustrie auseinander. Sie könnte, dank der hohen Qualität unserer Maschinenindustrie, «lebensfähig und finanziell interessant sein, wenn sie neben der Belieferung unserer Armee auch exportieren könnte». Sollten die politischen Gründe für das Ausfuhrverbot nicht einer Revision unterzogen werden, nachdem feststeht, daß eine lebensfähige Kriegsindustrie für unsere Landesverteidigung von vitaler Bedeutung ist?

Unverständlich ist die Tatsache, daß unser *Sanitätsdienst* «in seiner Entwick-

lung hinter den Sanitätsdiensten fremder Armeen zurückgeblieben ist». Dabei ist unser Land «für den hohen Stand seiner Ärzteschaft und für seine vorzüglichen Spitäler bekannt». Klafft hier nicht ein Widerspruch? Die Kostenfrage kann ja nicht Schuld an diesem Mißverhältnis sein.

Unser *Territorialdienst*, der in bemerkenswert kurzer Zeit von seinem derzeitigen initiativen Chef vollständig reorganisiert worden ist, bildet ein ausschlaggebendes Element unserer totalen Landesverteidigung, die der totale Krieg des 20. Jahrhunderts fordert. Hoffentlich sind alle zivilen Behörden, die mit dem Territorialdienst zu tun haben, zu einer engen Zusammenarbeit bereit. Die Eingliederung des *Luftschutzes* in den Territorialdienst ist ein großer Fortschritt. Die Fragen des obligatorischen Arbeitsdienstes, der Mitarbeit der Frauen bei der Landesverteidigung und der Aufteilung der Mannschaften auf Armee, Luftschutz und Wirtschaft *müssen* einer baldigen Lösung entgegengeführt werden.

Das Kapitel *Zukunftsaussichten* entwirft ein klares Bild der Möglichkeit eines Zukunftskrieges mit allen seinen Schrecken und betont die Pflicht «einer ernstern Warnung». Es wird die Forderung erhoben, das ganze Denken unseres Volkes und seiner Behörden habe sich den Umständen einer neuen Zeit anzupassen. Die Schutzmaßnahmen müßten einer Gesamtplanung unterstellt, die Motorisierung sollte auf Kosten des Pferdezeuges gefördert werden. Feldarmee und Territorialdienst müßten in wirtschaftspolitischen Fragen ein Mitspracherecht erhalten. Diese letztgenannte Forderung veranlaßt uns, an eine schon öfters aufgeworfene, neuerdings im «Bund» und von Nationalrat *Gut* gestellte Frage zu erinnern,

«ob eine nur aus militärischen Fachleuten zusammengesetzte Landesverteidigungskommission den Erfordernissen der Mobilisierung aller Abwehrkräfte der ganzen Nation angepaßt erscheine und ob nicht ein umfassenderes Koordinationsorgan als es die L. V. K. darstellen kann — ähnlich wie es bereits für Atomfragen besteht — geschaffen werden sollte». («Zürichsee-Zeitung» 29. 5., vgl. auch «Korr.» im «Bund» 26. 5.)

Beim Tode des langjährigen Chefredaktors und späteren Gesandten *Wagnière* schrieb das «Journal de Genève»: «Il a toujours considéré le journalisme comme une véritable fonction publique.» (21. 4.) Mögen sich alle, die in der Öffentlichkeit zu militärischen Problemen Stellung nehmen, diese hohe Auffassung vor Augen halten. Wäre dies nicht die beste Rechtfertigung des großen Zutrauensvotums, das in der Veröffentlichung der Schrift des Generalstabschefs zum Ausdruck kommt?

* * *

Technische Fortschritte der russischen Armee

Laut «Daily Mail» soll die Luftwaffe 500 Düsenjäger aufweisen und über Bomber verfügen, die mit vier Düsenaggregaten ausgerüstet sind. Auf Grund zuverlässiger Berichte aus dem Lager der Westmächte ist anzunehmen, daß die Russen auf verschiedenen Gebieten im Vorsprung sind. Während die USA. laut «Aviation Week» Flugzeuge, welche die Überschallgeschwindigkeit erreichen, erst bestellt hat, besitzen die Russen dieselben bereits. Auch auf dem Gebiete der Urangewinnung und der Atomforschung scheinen erhebliche Fortschritte erzielt worden zu sein.

Miles